

## **Mit Konflikten leben lernen Tansania im Wandel**

Das sozialistische Experiment unter dem damaligen Präsidenten Julius Nyerere brachte Tansania zwar Armut - aber Frieden und Stabilität. Einheit und Harmonie wurden als höchste zivilisatorische Güter betrachtet. Doch die politischen und wirtschaftlichen Reformen seit den 1980er Jahren lösen vermehrt gewaltsame Konflikte aus, da soziale Ungleichheit zunimmt, aber Verfahren für das Management von Konflikten kaum entwickelt sind. Wie jedoch die Überwindung des Streits nach den Wahlen im Jahre 2000 in Sansibar zeigt, ist eine friedliche Konfliktlösung möglich.

Von KURT HIRSCHLER

Im Dezember 2000 flohen mehr als 400 Menschen aus ihren Häusern nahe der Stadt Kilosa in Zentral-Tansania, nachdem Zusammenstöße zwischen Farmern und Viehzüchtern 31 Menschen das Leben gekostet hatten. Im Januar 2001, wenige Wochen nachdem Tansania seine zweiten Mehrparteienwahlen durchgeführt hatte, wurden zwischen 30 bis 40 Demonstranten von Sicherheitskräften in Sansibar getötet. Im Juli 2001 wurden bei Auseinandersetzungen zwischen zwei Clans im Tarime Distrikt in Nord-Tansania 18 Menschen getötet, 129 verletzt und weitere 4000 flohen aus ihren Häusern. Konflikte zwischen Oppositionsparteien und der Regierung führten zu Demonstrationen, Kämpfen und Plünderungen in den Straßen von Dar es Salaam. Zu Beginn des Jahres 2003 endeten Bemühungen der Polizei, in der größten Stadt Tansanias einen inoffiziellen Straßenhändler-Markt zu räumen, mit Straßenkämpfen zwischen Kleinhändlern und der Polizei. Konflikte zwischen rivalisierenden muslimischen Gruppen forderten seit 1998 mehrere Tote.

„In Tansania gibt es keine Konflikte“, so ein Mitarbeiter einer in Dar es Salaam ansässigen Stiftung für Frieden, „und wenn Sie den Grund dafür wissen wollen, dann brauchen Sie nur die Reden von *Mwalimu* Nyerere zu lesen“.

Tansania gilt als Insel des Friedens auf dem krisengeschüttelten afrikanischen Kontinent. Keine Bürgerkriege, keine Militärputsche, kein Staatszerfall, keine *Warlords* (Kriegsfürsten), weder ethnische noch religiöse, weder politische noch soziale Zusammenstöße. Ein friedliches und stabiles Land. Und zweifellos kann die Rolle von „*Mwalimu*“ Nyerere, dem früheren Präsidenten „Lehrer“ Julius Nyerere, bei der Erreichung dieses Ziels nicht überschätzt werden. 40 Jahre Frieden und Stabilität sind ohne Frage der größte Erfolg des Landes, das immer noch zu den ärmsten Ländern der Erde zählt. Aber die Zunahme blutiger Konflikte in den letzten Jahren scheint diesen Erfolg zu gefährden. Es hat den Anschein, als hätten die unvermeidlichen Reformen dem Land zwar aus seinem wirtschaftlichen und politischen Elend geholfen, doch um den Preis zunehmender gewaltsamer Konflikte.

Verschiedene Faktoren haben dazu beigetragen, dass blutige interne Zusammenstöße bisher weitgehend ausgeblieben waren. Die integrierende Politik des früheren Präsidenten Julius Nyerere, der von der Unabhängigkeit bis 1985 regierte, hatte allen Gruppen der Gesellschaft einen Platz in der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung des neuen Staates angeboten. Auch wenn nicht alle in gleicher Weise von den Früchten der Unabhängigkeit profitierten, so wurde doch darauf verzichtet, bestimmte Gruppen zu bevorzugen und andere von der Teilhabe auszuschließen. Eine solche „exklusive“ Politik hatte in zahlreichen anderen afrikanischen Staaten zu Spannungen und Konflikten geführt. Außerdem erlaubte der gut organisierte Einparteistaat der Regierung, aufkommende Konflikte frühzeitig zu erkennen und entsprechend zu reagieren. Die staatliche Antwort auf entstehende Konflikte nahm unterschiedliche Formen an – teils wurde der Versuch der Verständigung und des Ausgleichs unternommen, teils wurde nur mit der Unterdrückung der Gewaltanwendung reagiert. Zudem verringerte die Wirtschaftsordnung jener Zeit die - durchaus bestehenden - Unterschiede zwischen Arm und Reich. Soziale Konflikte entlang sozio-ökonomischer Unterschiede konnten so kaum entstehen.

Die einende Politik des *nation-building*, also des Bestrebens, einen neuen Staat mit einer geeinten Nation aufzubauen, trug zur Entwicklung einer politischen Kultur bei, die Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung ablehnte. Neben Maßnahmen, die Vorurteile zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen zu reduzieren halfen, war Erziehung - wenn nicht Indoktrination - in der Idee der „Einheit“ von zentraler Bedeutung für diesen Ansatz. Geleitet vom Rousseau'schen Konzept einer unter einem Gemeinwillen geeinten Gesellschaft verstand Nyerere die Verfolgung unterschiedlicher Ideen und Interessen als Versuch, das „Ganze“ zugunsten Einzelner zu zerstören. Konflikte wurden als eine Bedrohung wahrgenommen, die die friedliche Harmonie gefährdete, in der die Beziehungen zwischen den Tansaniern dargestellt wurden.

Die von Gewalt geprägten Entwicklungen in den meisten Nachbarländern Tansanias förderten auch bei der Bevölkerung die Wahrnehmung, dass Streit und Uneinigkeit zu Bürgerkrieg führen würden. Bis heute haben die meisten Tansanier eine stark ablehnende Haltung gegenüber Konflikten, die lediglich als Quelle von Zerstörung gesehen werden, nicht jedoch als potenzieller „Motor für den Fortschritt“, der zu weiterer Entwicklung führen kann. Zudem diente die negative Einstellung zu Meinungsvielfalt und Dissens auch der Rechtfertigung des ausschließlichen Herrschaftsanspruchs der regierenden Partei TANU/CCM (*Tanganyika African National Union*, 1977 Zusammenschluss mit der sansibarischen *Afro Shirazi Party*, ASP, und Umbenennung in *Chama cha Mapinduzi* – Partei der Revolution).

Die schwere Wirtschaftskrise seit den späten siebziger Jahren machte Reformen unvermeidlich. 1986 wurden Vereinbarungen mit dem internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank getroffen. Die staatlich kontrollierte Ökonomie wurde nach und nach in eine liberale Marktwirtschaft umgewandelt. 1992 wurde das Herrschaftsmonopol der

Regierungspartei CCM aufgegeben. Ein Mehrparteiensystem wurde eingeführt und der politische Raum für eine weitere Demokratisierung geöffnet. Diese beiden grundlegenden Veränderungen, die von zahlreichen weiteren Reformen begleitet wurden, bedeuteten nichts weniger als einen vollständigen Wandel in den Interaktionsmustern zwischen Staat und Gesellschaft sowie innerhalb der Gesellschaft: Die Prinzipien des individuellen Erfolges, des Wettbewerbs und der privaten Verantwortung wurden in das politische und wirtschaftliche System Tansanias eingeführt und ersetzten die der Gleichheit, Einheit und zentralen Kontrolle.

Die Reformen sollten Tansanias wirtschaftliche und politische Situation verbessern, und tatsächlich haben die Liberalisierung der Wirtschaft und die Einführung eines marktorientierten Systems viel zur Verbesserung der Lebensbedingungen beigetragen. Güter wurden wieder verfügbar, wenn auch teuer, und neue Geschäftsfelder entwickelten sich. Diejenigen, die das neue System zu nutzen wussten - und die nötigen Kontakte hatten! - konnten ihre Situation verbessern und beträchtlichen Wohlstand erreichen. Aber die Mehrheit der Bevölkerung blieb arm. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnete sich immer weiter und die private Anhäufung von Reichtum wurde unübersehbar. Die relative Gleichheit der Bevölkerung, auf welche die Tansanier so stolz gewesen waren, schien verloren. Wettbewerb spaltete die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer. Nicht dass es zuvor nicht auch Bevorzugte und Benachteiligte gegeben hätte, doch war der Abstand zwischen ihnen weder so groß noch so sichtbar und unwidersprochen wie jetzt.

Gerade diese Ungleichheit der Chancen, verbunden mit der Sichtbarkeit des Reichtums und der Wahrnehmung unrechtmäßiger Bereicherung, führt zu Spannungen. Eine schnell wachsende Zahl junger Migranten aus den ländlichen Gebieten hat sich als potenzielle Bedrohung des Friedens in den Städten erwiesen, besonders in Dar es Salaam. Ohne Arbeit und Ausbildung kommen sie in die Städte und versuchen, dort ihren Lebensunterhalt zu verdienen; aber sie finden sich aller Chancen beraubt. Die öffentliche Wahrnehmung, die „Netzwerke der Einflußreichen“ verdächtigt, die Ressourcen des Landes unter sich aufzuteilen, fällt dort auf fruchtbaren Boden, wo sich Menschen um ihren Anteil am nationalen Kuchen betrogen fühlen.

Ein Nebeneffekt einer anderen Reform verschärft diese Spannungen: die Privatisierung des Erziehungswesens. Aufgrund ihrer begrenzten finanziellen Ressourcen legt die Regierung die Verbesserung dieses extrem unterfinanzierten Sektors zunehmend in private Hände. Besonders die christlichen Kirchen sind aktiv geworden und bieten eine gute Ausbildung an. Obwohl ihre Schulen auch Nichtchristen offenstehen, ist die muslimische Gemeinschaft im wesentlichen auf staatliche Schulen mit ihrem meist niedrigem Standard angewiesen. Der ohnehin bestehende Bildungsabstand zwischen Muslimen und Christen wird dadurch weiter vergrößert.

Die Ungleichheit im Bildungsbereich setzt sich auf dem Arbeitsmarkt fort. Muslime haben bei der Suche nach guten Jobs

Wettbewerbsnachteile, insbesondere im attraktiven staatlichen Sektor. Und dies fördert die Wahrnehmung, die Regierung bevorzuge Christen.

Nachdem im Sommer 2001 ein Gericht einen muslimischen Geistlichen wegen des Vorwurfs der Beleidigung des Christentums verurteilt hatte, demonstrierten Tausende Muslime gegen die Regierung. Zahlreiche Personen wurden in den darauf folgenden Zusammenstößen mit der Polizei verletzt und mehr als 170 Menschen festgenommen. In der Folge explodierten mehrere Bomben in Dar es Salaam, und wochenlang war die Situation so angespannt, dass eine weitere Eskalation befürchtet wurde.

Die meisten Beobachter stimmten überein, dass der Gewaltausbruch weniger die Folge eines als ungerecht empfundenen Urteils gegen einen muslimischen Glaubensbruder war. Vielmehr erschien er als Ausdruck der hohen Frustration einer jungen Generation, die keine andere Zukunft jenseits von Armut hat und sich ausgeschlossen und betrogen fühlt. Die Ursachen einer sozio-ökonomischen Benachteiligung wurden als kulturelle Hegemonie interpretiert, und führten zur Politisierung eines kulturellen Unterschieds. Ein Interessenkonflikt, der prinzipiell durch Verhandlungen lösbar ist wurde so zu einem Konflikt um Identität – der weitaus schwieriger zu bearbeiten ist.

Die Wirtschaftsreformen führten die Prinzipien des Privateigentums, des Wettbewerbs und des Ausschlusses in eine Gesellschaft ein, die zuvor durch die Ideale der staatlichen Kontrolle, der Einheit und der Einbeziehung gekennzeichnet war. Die Folge war nicht nur eine weit verbreitete, unspezifische Stimmung des Empfindens von Ungerechtigkeit und Benachteiligung, die teilweise – wie im obigen Beispiel beschrieben – kulturalisiert wurde. Darüber hinaus wurden auch sehr spezifische Interessen berührt.

Als es in den neunziger Jahren für ausländische Investoren einfacher wurde, sich auf dem tansanischen Markt zu betätigen, galt deren Hauptinteresse den lukrativsten Geschäftszweigen. Der Abbau von Gold und Edelsteinen, die Nilbarschfischerei im Viktoriasee, Sisalplantagen in der Tanga- und der Kilimanjaro-Region sowie Supermärkte in Dar es Salaam gehörten zu den attraktivsten Wirtschaftszweigen. Doch auf all diesen Gebieten waren zuvor bereits einheimische Geschäftsleute und kleine Handwerker tätig gewesen, wenn auch weniger produktiv, weniger professionell und zumeist informell. Die meisten dieser Kleinunternehmer waren nicht registriert. Gewöhnlich wurden keine Steuern gezahlt und die Arbeitsbedingungen waren schlecht. Die tansanische Regierung bevorzugte größere Gesellschaften und gewährte ihnen Zugang zu Ressourcen, die bis dahin informell, aber unübersehbar von Einheimischen genutzt worden waren. Insbesondere wenn die neuen Mitbewerber mit ihrem großen Kapital und ihrer überlegenen Expertise, Technologien und Ansätzen Ausländer waren, fühlten sich die Einheimischen ihrer vermeintlichen Rechte beraubt, ihren Lebensunterhalt mit dem zu verdienen, was sie aus “ihrem eigenen” Land herausholen konnten.

Mererani in Nord-Tansania ist der einzige Ort auf der Welt, an dem der Edelstein Tansanit abgebaut wird. In dem Bergbauggebiet arbeiten

Tausende Kleinschürfer und kleine Unternehmen. Im Jahre 2000 überließ die Regierung etwa ein Viertel des Gebietes der südafrikanischen Bergbaugesellschaft *Afgem*. Auf deren Gelände wird das größte Vorkommen und die beste Qualität des Tansanit vermutet. Die Konflikte eskalierten, als Afgem auf ihrem Recht auf alleinigen Zugang zu ihrem Gebiet bestand während die Kleinschürfer wie bisher die Grenzen ignorierten und unter der Erde in Afgems Gelände eindrangen. Ein zweifellos unrechtmäßiges Vorgehen, das jedoch weit verbreitet und etabliert ist, und zuvor nie zu größeren Problemen geführt hatte. Seit Beginn der Auseinandersetzungen gab es zahlreiche Tote und Verletzte. In ihrem Bemühen, die Professionalität im Bergbau zu erhöhen und die Kontrolle über den Sektor zurückzugewinnen, ordnete die Regierung im Juli 2002 die zeitweilige Schließung einiger kleinen Minen an, nachdem fast 40 Bergleute durch einen Bergwerksunfall zu Tode gekommen waren. Die Bergleute verweigerten sich der Anordnung. Berichten zufolge verwüsteten 4000 Bergleute die Stadt um so die Regierung unter Druck zu setzen, ihnen die Wiederaufnahme der Bergbautätigkeit zu erlauben.

Beide Beispiele haben mindestens Eines gemeinsam: Reformen, die darauf abzielten, die wirtschaftliche und soziale Situation zu verbessern, veränderten die bestehenden Interaktionsmuster und führten zu einer Zunahme an Konflikten. Durch die Reformen wurden zwar neue Chancen eröffnet, doch gleichzeitig der Zugang zu den neuen Möglichkeiten beschränkt. Privates Unternehmertum und Wettbewerb wurden in eine Gesellschaft eingeführt, die zuvor durch Kontrolle und Einheit gekennzeichnet war. Der Kampf um eine gute Startposition wurde unter den neuen Bedingungen ebenso nötig wie einträglich, und hat damit die Konflikthanfälligkeit deutlich erhöht.

Ein ähnlicher Prozess lässt sich im Zusammenhang mit dem Demokratisierungsprozeß beobachten. Wo mit der "Zunahme an Wahlmöglichkeiten" eine "Zunahme an Frieden" zu erwarten gewesen wäre, ereigneten sich mehr Konflikte und gewalttätige Zusammenstöße als vor den Reformen. Die Öffnung des politischen Spielfeldes für neue Wettbewerber eröffnete Chancen - und erhöhte zugleich die Risiken. Ein ehrgeiziger Kandidat, der im Einparteiensystem eine Wahl verloren hatte, konnte darauf hoffen, dennoch mit ins Boot genommen zu werden – und vom Präsidenten ins Parlament oder auf einen anderen Posten ernannt zu werden.

Im tansanischen Mehrparteiensystem, in dem der Gewinner alles bekommt („*the-winner-takes-it-all system*“), bedeutet eine verlorene Wahl den vollständigen Ausschluss aus dem lukrativen Verteilungssystem. Darüber hinaus ist der Gewinn eines Mandates und der damit verbundene Zugang zu den Netzwerken noch attraktiver, seit die Regierung den Parlamentsmitgliedern erlaubt eigene private Unternehmen zu führen.

Das frühere Verbot privaten Unternehmertums für Inhaber öffentlicher Ämter war unter Nyerere eingeführt worden. Obwohl Politiker diese Regelung durchaus zu umgehen wussten, verhinderte sie doch zumindest eine offen ersichtliche Bereicherung der Parlamentsmitglieder. Und hat sie den Notwendigkeit vermindert, mit allen Mitteln für einen

Wahlsieg zu kämpfen.

Folglich wurde der Wettbewerb innerhalb und zwischen den Parteien seit der Einführung des Mehrparteiensystems immer härter und unfairer. Korruption, Stimmenkauf und Wahlfälschung sind allgegenwärtige Erscheinungen geworden - insbesondere bei parteiinternen Wahlen. Auch die Beziehungen zwischen den Parteien sind eher durch Kleinkrieg gekennzeichnet als durch Koexistenz und Kooperation. Auch in Tansania ist Politik zum Geschäft geworden und Politiker wurden zu politischen Unternehmern. Offensichtlich hat sich die Idee einer konstruktiven Rolle der Opposition noch nicht durchgesetzt - weder bei der Regierungspartei noch bei den Oppositionsparteien selbst. Der politische Wettbewerb ist mehr zu einem Wettrennen um persönliche und Gruppeninteressen geworden als zu einem Wettbewerb der Ideen und politischen Konzepte. Die Bemühungen der Opposition kreisen darum, die nächsten Wahlen zu gewinnen, und die Regierungspartei konzentriert sich darauf, den Spielraum für ihre Mitbewerber einzuengen. Demonstrationen der Oppositionsparteien werden in der Regel verboten - aus "Sicherheitsgründen" - und wenn sie trotzdem stattfinden, werden sie mit Gewalt aufgelöst und die Parteiführer strafrechtlich verfolgt.

Nach den allgemeinen Wahlen im Oktober 2000 weigerte sich die größte Oppositionspartei, die CUF (*Civic United Front*), die Wahlergebnisse von Sansibar anzuerkennen. Nach Ansicht nicht nur der CUF waren die Wahlen in Sansibar gefälscht worden. Die CUF verlangte eine Wiederholung der Wahl, während die Regierung dies entschieden zurückwies. Der Konflikt eskalierte im Januar 2001, als CUF-Demonstrationen mit bis dahin nicht gekanntem Gewalt unterdrückt wurden. Zwischen 30 und 40 Personen wurden von den Sicherheitskräften getötet. Zum ersten Mal in der Geschichte Tansanias hatte eine politische Auseinandersetzung derart viele Menschenleben gefordert.

Doch nach einer kurzen Periode der Intensivierung des Konfliktes begann ein Versöhnungsprozess zwischen den beiden Parteien, der im August 2001 mit der Verabschiedung einer Vereinbarung endete. Während der sechs Monate dauernden Verhandlungen, die von kleinen Teams unter absoluter Geheimhaltung geführt wurden, kam ein Prozess der Vertrauensbildung zwischen den beiden Parteien in Gang. Dadurch wurde es möglich, eine Übereinkunft zu unterzeichnen, die nicht nur einem "Waffenstillstand" zustimmte, sondern auch einen gemeinsam erarbeiteten Plan zur Beseitigung der Konfliktursachen beinhaltete.

Trotz einiger kleinerer Probleme wird die Vereinbarung seither Schritt für Schritt umgesetzt. Im Mai 2003 wurden in Pemba Nachwahlen abgehalten - dort wo 2001 die tödlichen Zusammenstöße stattgefunden hatten. Die Wahlen waren gut organisiert und verliefen in friedlicher Atmosphäre. Beide Parteien akzeptierten die Ergebnisse.

Diese Vereinbarung enthält zwei interessante Aspekte. Erstens wurden Maßnahmen vereinbart, die den Demokratisierungsprozess in Sansibar erleichtern: unter anderen die Schaffung einer unabhängigen Wahlkommission sowie ein permanentes Wählerverzeichnis. Dies war von

der Opposition und von zivilgesellschaftlichen Gruppen seit langem gefordert worden. Zweitens wurde eine Abkehr von der bisherigen Politik vereinbart, nach der die Gewinner alles und die Verlierer nichts bekamen. Gemäß der Vereinbarung müssen nun Mitglieder der Opposition sowohl in die Wahlkommission von Sansibar aufgenommen werden als auch in die Verwaltung der Inseln. Unionspräsident Benjamin Mkapa berief umgehend ein CUF-Mitglied ins Nationalparlament und die Möglichkeit einer CCM-CUF Koalitionsregierung für Sansibar wurde nicht länger ausgeschlossen.

Vor Einführung des Mehrparteiensystems im Jahre 1992 hatten Politikwissenschaftler an der Universität von Dar es Salaam die Vor- und Nachteile einer solchen Politikreform diskutiert. Die Skeptiker warnten vor einer Zunahme gewaltsamer Auseinandersetzungen, während die Optimisten auf die Instrumente verwiesen, die Demokratie für ein friedliches Konfliktmanagement bereitstellt.

Offensichtlich haben die Skeptiker Recht behalten: Konflikte haben zugenommen und auch Gewalt als Antwort darauf. Doch das Beispiel der Sansibar-Friedensübereinkunft hat gezeigt, dass auch die Optimisten nicht ohne Grund argumentierten. Demokratisierung birgt Risiken, aber sie bietet auch Möglichkeiten, mit entstehenden Konflikten umzugehen.

Viele Tansanierinnen und Tansanier sind schockiert über die jüngste Zunahme von Konflikten und Gewalt in ihrem Land. Und viele sehen Tansania auf dem Weg in den Bürgerkrieg. Doch verglichen mit anderen Staaten ist Tansania nach wie vor ein friedliches Land. Die Fundamente, die in der Nyerere-Zeit gelegt worden sind, wirken fort und werden so leicht nicht zu zerstören sein. Doch sollten die möglichen Konfliktherde nicht übersehen werden, die der grundlegende Wandel der bisherigen wirtschaftlichen und politischen Ordnung Tansanias mit sich bringt. Konflikte sind ein integraler Bestandteil menschlichen Miteinanders, und je dynamischer sich Gesellschaften verändern, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß Konflikte zwischen verschiedenen Interessen, Identitäten, Meinungen und Forderungen entstehen. In Tanzania wurde Konflikt stets als eine Bedrohung von Friede, Harmonie und Stabilität angesehen. Der jüngste Konflikt in Sansibar hat dazu beigetragen, Erfahrungen mit einem Modell der friedlichen Konfliktbearbeitung zu machen. Darüber hinaus hat er einen weiteren Anstoß zur Förderung des Demokratisierungsprozesses gegeben - ein Erfolg, der ohne die Konfrontation nicht erreicht worden wäre.

In Tanzania wird man Konflikte als normale Begleiterscheinung sozialer Interaktion akzeptieren müssen. Und gleichzeitig müssen krisenfeste Mechanismen der friedlichen Bearbeitung von Konflikten entwickelt werden. Wertvorstellungen, die gewaltsame Antworten auf Konflikte zurückweisen, sind äußerst wertvoll. Doch wenn keine Mechanismen des friedlichen Managements entstehender Konflikte entwickelt und institutionalisiert werden und wenn die den Konflikten zugrunde liegenden Ursachen nicht bewältigt werden, dann wird die Zunahme von Konflikten und eine gewaltsame Reaktion darauf unvermeidlich sein - selbst auf der Insel des Friedens und der Stabilität.

## VITA

Kurt Hirschler ist Politikwissenschaftler und arbeitete bis Juni 2003 im Sonderforschungsbereich (SFB) „Umbrüche in afrikanischen Gesellschaften und ihre Bewältigung“ der Universität Hamburg. Der vorliegende Text basiert auf einem Vortrag des Autors auf dem Abschlußsymposium des SFB im Juni 2003.

Der obige Text erschien – mit leichten Veränderungen durch die Redaktion - unter dem Titel „Konflikte im Land des Konsenses. In Tansania führt wirtschaftlicher und politischer Wandel zu Unfrieden“ in: der überblick 1/2004, S. 111-114.

Eine ausführliche Version findet sich unter dem Titel „Tanzania in Transition – Violent Conflicts as a Result of Political and Economic Reforms“ In Gerhardt, Ludwig/ Möhle, Heiko/ Oßenbrügge, Jürgen/ Weisse, Wolfram (Hg.): Umbrüche in afrikanischen Gesellschaften und ihre Bewältigung. Beiträge aus dem Sonderforschungsbereich 520 der Universität Hamburg. LIT-Verlag, Münster 2004 (im Erscheinen)